

Schwarzwälder Tageszeitung

Gegegründet
1877

Mus den Tannen

Fernsprecher
Nr. 11

Wlg. Anzeiger für die Bezirke Nagold, Calw und Freudenstadt. Amtsblatt für den Bezirk Nagold und für Altensteig-Stadt

Bezugspreis: Bei der Post und den Agenten bezogen vierteljährlich 24 Mark, monatlich 8 Mark. Anzeigerpreis: Die halbjährige Stelle ober deren Raum 1 Mk., die Restanzeige 3.00 Mk. Mindestbetrag bei Nichterscheinen der Zeitung infolge höherer Gewalt oder Betriebsänderung besteht kein Anspruch auf Vorkauf. Einzelne Aufträge 5 Mk. Bei Werbepreisen Arbeit. Bei Zahlungsvorgang ist der Rabatt unanwendbar.

Nr. 18

Altensteig, Dienstag den 17. Januar.

Jahrgang 1922.

Die Verpfändung des Reichsbankgoldes.

Als vor einigen Monaten die Franzosen die Forderung stellten, daß ihnen das Gold der Reichsbank derart ausgeliefert werden sollte, daß es in das besetzte Gebiet verbracht werde, wurde seitens der Reichsbank auf den privaten Charakter der Bank hingewiesen und gegen eine Auslieferung des Goldbestandes an die Entente scharfster Einspruch erhoben. Reichsbankpräsident Havenstein hat nun bei seinen beiden Reisen nach London neben dem verunglückten Versuch einer Anleihe in England bei der Bank von England ein „Lombardgeschäft“ abgeschlossen, zu dessen Ausübung aber zuvor eine Abänderung des Reichsbankgesetzes erforderlich ist. Es wird daher beantragt, die Paragraphen 8, 9 und 17 des Bankgesetzes, nach denen nur solche Metallbestände als Deckung der Banknoten und des Vermögensstands der Bank zu betrachten sind, die im wirklichen Besitz der Reichsbank und in ihrer Verwahrung sich befinden, aufzuheben. Es soll nun bestimmt werden, daß auch solche Beträge als Teile des Kassenbestandes gelten, die von der Reichsbank bei einer ausländischen Zentralnotenbank in Verwahrung sind, soweit sie zur jeweiligen freien Verfügung der Reichsbank gehen und unbelastet sind. Außerlich würde also künftig die Verpfändung des Reichsbankgoldes in den Wochenausweisen der Bank nicht mehr sichtbar sein. Man erinnert sich noch, wie peinliches Aufsehen vor einiger Zeit die Verpfändung von 30 Millionen Reichsbankgold bei der Schweizerischen Nationalbank erregt hatte, weil dadurch der Goldbestand sich auf 993,6 Millionen Mark verringert hatte. Eine Ausfuhr von Gold hatte dabei gar nicht einmal stattgefunden, sondern das Gold ist nur gewisse Zeit verpfändet und bei der Reichsbank selbst verblieben. Es ist auch nicht ganz aus den Ausweisen der Bank verschwunden, sondern es wird nur unter den „sonstigen Aktiven“ geführt. Wenn jedoch das Gold in Höhe von zunächst 50 Millionen nach England überführt wird und somit aus den Kellern der Reichsbank in die Gewölbe der Bank von England übergeht, so wird das, wie gesagt, in den Wochenausweisen nicht mehr berücksichtigt. Die Reichsbank gibt das Gold hin, um dem Deutschen Reich bei der Bank von England einen Kredit zu verschaffen. Auch die Niederländische Bank und wohl ebenso andere Banken gewähren dem Deutschen Reich zur noch Kredit gegen Hinterlegung von Gold der Reichsbank und zwar — das ist bezeichnend — gegen Niederlegung des Goldes bei der Bank von England. Das ist der englische Hauptzweck des Stundungsgeheißes: Deutschland wird nur noch Kredit gewährt gegen Lombardierung von Gold im Ausland, nicht mehr gegen bloße Verpfändung, wobei es in Verwahrung der Reichsbank bliebe. Weshalb die Bank von England aber gerade die Bank von England sich als Treuhänderin für die deutsche Goldverpfändung auswählt, ist nur zu erklären aus dem englischen Bestreben, vor aller Welt London als das Weltzentrum der Erde anzurichten. Man könnte doch ebenso gut das deutsche Gold bei den Notenbanken der Neutralen hinterlegen.

Die Reichsbank hat zwei Bedingungen gestellt: Einmal soll keine Reparationsabgabe, d. h. also keine 20prozentige Abgabe von der Goldzufuhr, die in Höhe von zunächst 50 bis 100 Millionen Goldmark erfolgen soll, erhoben werden und zweitens soll die Erlaubnis zur Rückführung des Goldes nach Deutschland gegeben werden. Die englische Regierung verpflichtet sich, diese Bedingungen anzuerkennen.

Es macht sich also eine Aenderung des Bankgesetzes notwendig, wobei nur die Frage entsteht, ob das Verpfänden der Bank von Frankreich zweckmäßig ist, die in ihren Ausweisen in einer Fußnote das im Ausland befindliche Gold besonders aufzählt oder ob man den Goldbestand einschließlich dieses Goldes ohne Hinweis aufzählt, wie die Reichsbank vorschlägt. Für die Finanzkreise, die in Frage kommen, ist die Höhe des Goldes bei der Bank von England sehr wichtig zu wissen wünschenswert, falls die Reichsbank einmal zur Befestigung der deutschen Mark, wenn auch viel ich auf dem Weg des Zwangs seitens der Entente kommen sollte. Das deutsche Volk müßte aber aus den veröffentlichten Zahlen der Wochenausweise immer erkennen können, in welchem Umfang das Reichsbankgold in das Ausland übergeführt ist, wo es schließlich eines Tages auch, dem Verlangen der Feinde gemäß, für Ent-

schädigungszahlungen verfallen kann. Wenn so verfallen wie die im März 1919 zur Beschaffung von Lebensmitteln zunächst auch nur in Brüssel verpfändeten 1050 Millionen Goldmark.

Der Hungertod in Rußland.

Nach einer Milderung der Zeitung „Politiken“ in Kopenhagen verheeren Krankheiten und Seuchen Rußland gegenwärtig wie nie zuvor. Ueber den Gesundheitszustand in dem Hungergebiet teilt die Moskauer „Trawda“ folgende Zahlen mit: In der 4000 Einwohner zählenden Stadt Romodisch in der Tartarenrepublik wurden im Laufe einer Woche folgende Krankheitsfälle verzeichnet: Typhus 90, Ruhr 775, akute gastrische Krankheiten 39, Stomatitis 117, Tuberkulose 41, sibirische Pest 80, Malaria 345. Von den 4000 Einwohnern der Stadt waren also 1487 krank. Die Räteregierung bringt täglich alarmierende Nachrichten darüber, daß verschiedene Arten Typhus und andere epidemische Krankheiten mit der Schnelligkeit eines Sturmwindes über das Land verbreitet werden, zehnmal schneller als nach der Auflösung des Deutschen Heeres im Jahr 1919. Die Hunderttausende, die vor der Hungersnot litten, verbreiten die Epidemien über das ganze Land. Die Flüchtlinge befinden sich in einer unbeschreiblichen Verfassung. Die meisten gehen in Lumpen und sind monatelang nicht mit Wasser in Berührung gekommen. Der größte Teil ist von Ungeziefer, besonders von Läusen, bedeckt. Der oberste Kommissar des Gesundheitswesens erklärte: Wir haben es nicht mit einzelnen Ansteckungsherden zu tun, und die Krankheit kann deshalb nicht lokalisiert werden. Das ganze Land ist angefüllt. Die Eisenbahnstationen sind mit fast nackten, barfüßigen Menschen überfüllt, die wochenlang rings im Schnee liegen, oder in den kalten Eisenbahnwagen frieren. Täglich werden Massen von Leichen aus den Hägen entnommen, die die Flüchtlinge befördern. Andere Mitteilungen in der russischen Presse besagen, daß die Epidemien ihre Opfer auch unter den Regierungskommissaren und unter dem ausländischen Konsulatspersonal suchen, die zur Bekämpfung des Elends tätig sind. Selbst in Petersburg wurden wöchentlich 350 bis 500 Typhusfälle festgestellt. Die Räteregierung traf verschiedene Maßnahmen gegen die Krankheiten, aber es besteht nur wenig Hoffnung, daß sie Erfolg haben. Nach der russischen Presse entzieht sich über die Hälfte der Flüchtlinge jeder behördlichen Aufsicht. Die Wartehäuser, wo die Flüchtlinge sich aufhalten sollen, ehe sie weiterbefördert werden, sind in einem so furchtbaren Zustand, daß gerade sie als die gefährlichsten Ansteckungsherde betrachtet werden müssen.

Neues vom Tage.

Poincaré beginnt zu wirken. Die Kriegsbeschuldigten sollen ausgeliefert werden.

Paris, 16. Jan. Die Kommission für Aburteilung der „Kriegsverbrecher“ hat dem Obersten Rat eine Entschlieung unterbreitet, in der u. a. ausgeführt wird, nach der Ansicht der Kommission habe das Reichsgericht in Leipzig, mit geringen Ausnahmen, nicht genügende Bemühungen zur Aufdeckung der Wahrheit unternommen und daher keinerlei Genugtuung gegeben. Verschiedene „Kriegsverbrecher“ seien freigesprochen, andere zu mild bestraft worden. Die Kommission glaubt, daß weitere Fälle nicht mehr dem Reichsgericht überlassen werden dürfen, sondern daß die deutsche Reichsregierung aufgefordert werden müsse, die Beschuldigten den verbündeten Mächten zur Aburteilung auszuliefern.

Wie der „Frankf. Ztg.“ aus Paris gemeldet wird, ist die Entschlieung der Kommission, die vor einer Woche gefaßt wurde, das Werk Poincarés. Ueber das Auslieferungsgeschehen hat der Oberste Rat zu entscheiden.

Annahme des Irland-Vertrags.

Dublin, 16. Jan. Das irische Parlament hat den Vertrag mit England einstimmig genehmigt. Die Anhänger DeValeras hielten sich der Sitzung fern. Die einstweilige Regierung unter Leitung Collins wurde mit der Ausführung des Vertrags beauftragt. Griffith bleibt amtierender Präsident des Parlaments, das gleichzeitig mit der einstufigen Regierung bis zu den allgemeinen Wahlen in Tätigkeit bleiben wird.

Keine Strafverfolgung Ludendorffs.

Berlin, 16. Jan. Der Reichsminister der Justiz, Dr. Radbruch, hat auf die Anfrage der Abg. Ledebour und Dr. Rosenfeld (NSD.) über die Begehren des General Ludendorff zu dem Rabb-Butsch mitgeteilt, es ergebe sich der Eindruck, daß General Ludendorff über die politischen Anschauungen und die Ziele der am Rabb-Butsch hauptsächlich Beteiligten im allgemeinen unterrichtet gewesen sei. Andererseits deutet der Brief des Direktors Demich darauf hin, daß General Ludendorff von jeder Verquickung mit derartigen Angelegenheiten für den Fall des Austritts der Regierung bewahrt bleiben wollte, damit sein Einfluß „gleichgültig, ob er im entscheidenden Augenblick offiziell oder hinter den Kulissen ausüben werde“, dann ungemindert einsehen könne. Es scheint die Absicht der Führer des konservativen Unternehmens gewesen zu sein, bis zum entscheidenden Augenblick zu vermeiden, daß die Teilnahme des General Ludendorff zu einer tätigen Mitwirkung werde. Diese Absicht sei, soweit es sich nach dem Beweisergebnis übersehen lasse, erreicht worden. Der Oberreichsanwalt habe unter Würdigung dieser Umstände die Frage, ob ein ausreichender Verdacht für eine strafbare Beteiligung Ludendorffs an dem Rabb-Unternehmen gegeben sei, verneint und betont, daß jedenfalls kein Anhaltspunkt dafür bestehe, daß er sich als Urheber oder Führer im Sinne des Gesetzes vom 4. August 1920 betätigt habe. Der Reichsjustizminister tritt dieser Auffassung bei.

Um den Vertrag von Lana.

Wien, 16. Jan. Bundeskanzler Dr. Schober wird dem Bundespräsidenten vorläufig noch nicht das Rücktrittsgesuch des Kabinettsvorlegers, sondern erst mit den Parteien verhandeln, ob nach dem Austritt der Großdeutschen aus der Regierung im Nationalrat eine andere Mehrheit für den Vertrag von Lana gebildet werden kann.

Unzufriedenheit der Wiener Staatsbeamten.

Wien, 16. Jan. Die Wiener Staatsbeamten verlangen gestern in einer Massenversammlung eine allgemeine Wiener-Zulage und sprachen sich entschieden gegen den Achtstundentag aus. Die Staatsbeamten beschwerten sich über die Behandlung durch den Finanzminister Dr. Girtler und erklärten, mit diesem nichts mehr zu tun haben zu wollen. Für den Fall, daß die Forderung der Wiener-Zulage nicht bewilligt wird, will man mit dem Streik drohen.

Poincaré will Deutschland auf die Knie zwingen.

Paris, 16. Jan. Einem Vertreter des „Matin“ erklärte Poincaré, man müsse das Schreckbild des Kriegs nicht immer an die Wand malen, denn es würde heute nur lächerlich. Um Deutschland auf die Knie zu zwingen, brauche man weder Krieg noch Mobilmachung.

Die Neuwahlen in England.

London, 16. Jan. Das Londoner Blatt „News of the World“ meldet, daß Lloyd George die Frage der Neuwahlen demnächst öffentlich verhandeln werde. Es sei aber zweifelhaft, ob die Neuwahlen vor dem Monat Mai stattfinden werden.

Brotpreiserhöhung um drei Viertel.

Berlin, 16. Jan. BZB. teilt mit, die Reichsregierung sehe sich außerstande, ihre Absicht, die Brotverbilligung durch Reichszuschüsse bis zur nächsten Ernte durchzuführen. Einmal dränge der Verband auf Aufhebung der Reichszuschüsse, andererseits habe die Baulutaverflechtung eine bedeutende Mehrausgabe verursacht, sodas Rat der vorgeesehenen 3% Milliarden wahrscheinlich nahezu 16% Milliarden für das Brotgetreide aufzuwenden gewesen wären. Die Reichsgetreidestelle werde daher vom 16. Februar an die Abgabepreise für Mehl und Getreide in einem Maße erhöhen, daß der Brotpreis um etwa drei Viertel des gegenwärtigen Durchschnittspreises verteuert werde.

Austritt der Großdeutschen aus der Regierung.

Wien, 16. Jan. Die Reichsleitung der Großdeutschen Volkspartei nahm eine Entschlieung an, das Abkommen von Lana mit der Tschechoslowakei bedeute eine förmliche Anerkennung des Friedensvertrags von St. Germain und nehme Oesterreich die Möglichkeit, die Aenderung des Vertrags zu betreiben. Die Partei versage daher der jetzigen Regierung die fernere Unterstützung. Der großdeutsche Parteiminister Haber ist zurückgetreten.

Zelung nicht vor Mitte März.

Oppeln, 16. Jan. Wie in maßgebenden Kreisen der alliierten Höfden verlautet, ist mit einer Uebergabe der polnisch werdenden Teile Oberschlesiens nicht vor Mitte März zu rechnen.



Aus Stadt und Land.

Altenfeld, 17. Januar 1922

Die Fahrt 2 der Kraftwagenpreisen zwischen Altenfeld und Dornkotten endigt am 18. Jan. entgegen dem Hochplan in Pfalzgrafenweiler, weil an diesem Tage der in Altenfeld abzutretende Markttag wegen Maul- und Klauenseuche ausfällt. Dennoch beginnt auch die Fahrt 3 an diesem Tage nicht in Altenfeld, sondern wie sonst in Pfalzgrafenweiler.

Postwertzeichen. Die Ueberdruckmarken zu 1,60 M., 3 M., 5 M. und 10 M. sind von den Postanstalten nicht mehr zu verkaufen; sie verlieren mit Ablauf des 20. Jan. ihre Gültigkeit. In den Händen des Publikums befindliche Stücke können bis Ende Januar gegen andere Postwertzeichen umgetauscht werden.

Die Brotpreisrückbildung. Die von amtlicher Seite angekündigte Einstellung der Reichszuschüsse für die Beschaffung von Brotgetreide wird eine starke Preisrückbildung des Brotes zur Folge haben, sodaß ein Brotloib, der heute noch 7 bis 8 Mark kostet, auf 13 bis 14 Mark zu stehen kommen wird. Die Erhöhung des Brotpreises wird jedenfalls vor dem 1. April eintreten. In diesem Zusammenhang mag erwähnt sein, daß der amerikanische Weizen bei einem Dollarkurs von 200 Papiermark sich auf 467 Mark der Zentner stellt, während für deutschen Umlageweizen 115 M. und für Roggen 105 M. bezahlt werden. Die Versorgung der Bevölkerung mit rationierter Brot erfordert rund 4½ Millionen Tonnen, wovon 2½ Millionen Tonnen durch die Umlage, der Rest durch eingeführtes Getreide gedeckt werden sollen. Bei dem hohen Dollarkurs war es indessen für die Reichsgetreidekasse vorteilhafter, in Deutschland frei Getreide aufkaufen zu lassen, das deshalb infolge der starken Nachfrage in letzter Zeit erheblich im Preise gestiegen war.

Keine Aufhebung der Brotmarken. Die durch die Presse gegangenen Meldungen, wonach ein Abbau des Brotmarkensystems beabsichtigt sein soll, werden von zuständigen Berliner Stelle als unzutreffend bezeichnet. Eine Aufhebung der Brotmarkenwirtschaft kommt im laufenden Wirtschaftsjahr, d. h. bis August 1922, nicht in Frage. Weiter wird versichert, daß auch an eine Erhöhung des Umlagesolls der Landwirtschaft nicht zu denken ist, da dieselbe zur Zeit praktisch unüberschaubar wäre.

Kapitalertragssteuer und Kriegsanleihebesen. Von der Kapitalertragssteuer sind Kriegsanleihebesen befreit, wenn zur Zeichnung der Kriegsanleihe ein Darlehen aufgenommen wurde. Jedoch ist diese Befreiung nur dann in voller Höhe gegeben, wenn die Darlehenszinsen höher als die Erträge der Kriegsanleihe sind. Uebertreffen aber die Kriegsanleihebesen die Darlehenszinsen, so ist grundsätzlich die Kapitalertragssteuer zu entrichten. Nur dann, wenn die Steuer mehr ausmachen würde, als der Unterschied zwischen Kriegsanleihe- und Darlehenszinsen, tritt nach einem Entschluß des Reichsfinanzhofs eine Ermäßigung der Kapitalertragssteuer ein. Sie beschränkt sich in diesem Fall auf den Unterschied.

Gütergemeinschaft. Alles, was der überlebende Ehegatte während der fortgesetzten Gütergemeinschaft erworbt, erhält er nicht auf Grund eines Nutzungsgerechts. Der Erwerb stellt vielmehr Früchte des gemeinschaftlichen Vermögens dar, über das der überlebende Ehegatte wie über das sonstige Gesamtgut verfügen kann. Insofern gebietet nach einem Entschluß des Reichsfinanzhofs sein Nutzungsrecht nicht nach selbständig zur Vermögens- und Vermögenszuwachssteuer beantragt werden.

Uebertragbare Krankheiten in Württemberg im Jahr 1921. Im vergangenen Jahr ist zum erstenmal allmählich eine vom Statistischen Landesamt zusammengestellte Zusammenfassung der in Württemberg amtlich gemeldeten Fälle von übertragbaren Krankheiten

erschienen. Rechnet man diese Zahlen zusammen, so ergibt sich für 1921 folgende Gesamtbilanz: Diphtherie 1946 (und 55 Todesfälle), Genickstarre 8 (2), Kindbettfieber 224 (53), ägyptische Augenkrankheit 6 (0), Lungen- und Kehlkopfentzündung 831 (1184), Milzbrand 3 (2), Ruhr 551 (62), Scharlach 2331 (15), Typhus 248 (41), Malaria 2 (0), Fleck- und Wurfbreugung 142 (5). Die Grippe, die gegen Ende des Jahres in bedenklicher Weise herrschte, ist in Württemberg nicht angezeigt. In der vorstehenden Statistik ist die hohe Zahl von Erkrankungen und Todesfällen an Ruhr besonders in die Augen fallend; die Ruhr war vor dem Krieg gänzlich verschwunden. Der Krankheitskeim wurde von den zurückkehrenden Soldaten eingeschleppt und erhielt sich infolge der auf dem Gebiet der öffentlichen Gesundheitspflege eingetretenen Mängel. Daher wird namentlich bezüglich der Bewahrung und Beseitigung der Abfallstoffe und Abwässer, Misthaufen, Reihhaufen, Dünggruben, nicht bloß in den bedrohten Gemeinden, sondern überall besondere Ordnung und Reinlichkeit künftig anzuwenden sein.

Weiteres Steigen der Großhandelspreise. Die Großhandels-Indizes des Statistischen Reichsamts ist unter dem Einfluß der Kohlenpreiserhöhungen von 3416 im Durchschnitt des Monats Dezember auf 3487 im Durchschnitt des Monats Januar gestiegen. Die für die anderen Waren gegen Ende November eingetretene Preisrückbildung, die Mitte Dezember einen gewissen Tiefstand erreichte, wurde mit Wiedereinstellen der Devisenkurse gegen Monatsende durch eine erneute Aufwärtsbewegung der Preise abgeleitet, ohne daß aber im Monatsdurchschnitt die Höhe vom November wieder erreicht wurde.

Angünstige Briefmarken. Die Reichspostmarken mit feilherigem Aufdruck verlieren ab 20. Januar ihre Gültigkeit.

Dollarkurs am 16. Januar 184 Mark.

Die Wohnungsverhältnisse in Vorbereitung. Steuerfrei sind auf eine Person 3 Zimmer, auf zwei Personen 4 Zimmer, dann jedesmal um ein Zimmer mehr als Wohnräume für die Personenzahl zulässig sind.

Magdeburg, 16. Jan. Neue Glieder hat auch die evangelische Gemeinde, ein echtes Frühlings-, Oker- und Pfingstglocke mit seinem Chor. Als e. g. h. Geklein feierte man ihre Weite in ihrem Festdienst und in einem Gemischtenchor, in welchem Kirchen- und bürgerliche Gemeinde je durch ihre Vorstände der hohen Kräfte u. weltlichen Bedeutung der Glocken gedachten. Herr Defan O gab zugleich eine anschauliche Schilderung des Glockengießens, bei dem er in Stuttgart zugegen war. Besonders eingehend gestaltete sich die Deklamation von Schillers „Die Glocke“ dadurch, daß der vereinigte Sänger- u. Liedertanz an 8 Stellen mit hinfortig vorgetragenem Text in seinen Inhalt tief zu greifen schätzte. Ein herrliches Glockenspiel erklang über die Stadt, wenn die 4 Glocken des Stadtkirchens und die 3 der evangelischen erklangen. Schade, daß das Glocken der Stadt Kirche erst in 14 Tagen seine Vervollständigung erfahren wird.

Hilflos, 16. Jan. In der letzten Gemeinderats-sitzung hat der Gemeinderat bezüglich der Brennholzversorgung beschloffen, an jede Haushaltung bzw. anknüpfende Person, 1 Kw. zu einem Durchschnittspreis von 80—100 M. je nach Qualität anzusetzen, welche Betrag sich für die Abnehmer auf 60—75 M. ermäßigen. Die Zuteilung des Holzes im Einzelnen erfolgt durch das Los. Einem Versuch der hiesigen hiesigen Lehrer am Jahresanfang ihres Brennholzbedarfs nach früherer Regelung wurde erwogen und bestimmt, daß jedem Lehrer 2 Kw. Brennholz zum Durchschnittspreis beim nächsten Verkauf zugewiesen werden soll.

Freudenstadt, 16. Jan. Am Samstag wurde durch den Ruchsführer in Bg 265 (Trentenbühl) ab 6.35 nachw.)

in einem Wagen 4. Klasse zwischen Scherzweiler u. Schiltach ein Paket vorgefunden, in dem sich die Leiche eines neugeborenen Kindes befand. Wo und von wem das Paket in den Wagen kam, ist noch unauferklärt; gerichtliche Untersuchung ist aber eingeleitet.

Calw, 16. Jan. Im Amtsgerichtsgelände hat sich am Freitag ein Föder von Stammweide, der am Donnerstag wegen Diebstahls und anderer Verbrechen eingekerkert worden war, erlegt. Der Leichnam wurde in die Anatomie in Tübingen gebracht.

Neuenbürg, 16. Jan. Der schon seit längerer Zeit Stadt und Umgegend Neuenbürgs unsicher machende Einsturz konnte gestern abend von Essigsabrikant Schmitt, wo er wiederholt eingedrungen hatte, festgehalten u. den Sicherheitsorganen übergeben werden. Er hatte sich angeblich nachmittags ins Haus eingeschlichen und im Kellerzimmer unter der Balken versteckt. Die ihm zur Last gelegten Einbrüche geklärt er ein. In seinem Besitz wurden eine Menge Schüsseln und Einbruchswerkzeuge gefunden.

Stuttgart, 16. Jan. (Streik.) Die Lohnbewegung in der gesamten Holzindustrie von Württemberg und Baden ist an einem kritischen Punkt angelangt. Am Montag standen die Klotzwerker der hiesigen Industrie wegen Lohnforderungen im Streik. Die Baum- und Möbelschreiner arbeiten mit Ausnahme der Verleger der Möbelfabrik Mauer. Die Lohnverhandlungen stehen aber auch hier an einem kritischen Punkt. Auch die Schuhmachergehilfen stehen in einer Lohnbewegung, denn die Meister lehnten den Schlichterspruch des Schlichtungsausschusses ab, der eine Lohn-erhöhung von 40—55 Prozent vorsah.

Einbrecherbanden. Die Kriminalabteilung des Landpolizeiamts hat einigen Einbrecherbanden, die 33 Einbruchsdiebstähle verübt haben, das Handwerk gelegt. Eine dieser Banden, die unter der Führung des 25 Jahre alten ledigen Tagelöhners Paul Schäfer von Stuttgart stand, suchte auf ihren Raubzügen hauptsächlich die Nachbarschaft von Stuttgart heim, namentlich Weil im Dorf, Korntal, Einlingen und Böblingen. Gestohlene Waren im Wert von über 60000 Mark konnten wieder beigebracht werden.

Stuttgart, 16. Jan. (Gebühren für Schlachtvieh- und Fleischbeschau.) Das Württ. Ministerium des Innern hat neue Richtlinien für eine zeitgemäße Regelung der Belohnungen und Reisevergütungen der mit der Schlachtvieh- und Fleischbeschau betrauten Personen aufgestellt, wodurch eine nahezu gleichmäßige Belastung der beteiligten Gewerbetreibenden und eine wesentliche Erleichterung für den Tierbesitzer erzielt wird. Die nebenamtlichen Beschauer dürfen folgende Gebühren erheben: für je 1 Stück Rindvieh (ausschließlich Küber) 7.50 M., die übrigen Tiergattungen 4 M. Wenn damit Fleischbeschau verbunden ist, beträgt die Gebühr bei Rindvieh 15 M., bei Schweinen 7.50 M., Kälbern, Schafen, Ziegen und Hunden je 6 M. Diese Sätze gelten auch bei Rot- und Hauschlachtungen ohne vorausgegangene Schlachtviehbeschau. Für Viechen eingehendes Fleisch beträgt die Gebühr für Rindvieh und Schweine für das ganze Tier oder ein Teilviertel 7.50 M., bei Kälbern usw. 6 M., für Fleischstücke bis zu 10 Kg. 4 M., für weitere 10 Kg. je 1.50 M. mehr. Der Tierarzt hat erheblich höhere Gebühren zu beanspruchen.

Jagstfeld, 16. Jan. (Mausmord.) An dem auf der Strecke Heidelberg-Jagstfeld zwischen Steinfurt und Grombach gelegenen Bahnwärterhaus 12 wurde in der Nacht auf Sonntag der Bahnwart Wanner ermordet. Man fand ihn in seiner Wohnung erschossen auf dem Boden. Man war schwer verletzt. Man nimmt an, daß Mausmord vorliegt. Als Täter kommen zwei

Leserbriefe.

Das Schicksal ist ein Wirtelwind,
Ein armes Blatt das Menschenkind.
Er treibt's zu Tal, er hebt's zum Hügel —
Das Bärtchen rühmt sich seiner Flügel.

Im Kampf um Liebe.

Roman von Rudolf Bollinger.
(56) (Nachdruck verboten.)

„Sie hatten mich neugierig gemacht, das Atelier zu sehen, das Ihnen so gut gefallen hatte, und man jagte natürlich auch mir, daß es nur in Verbindung mit der ganzen Wohnung zu haben sei. Da ließ ich mir denn diese Wohnung zeigen, und ich fand sie so reizend, daß ich nicht lange zögerte, sie für mich zu mieten. München gefällt mir viel besser als irgendwelche andere von den deutschen Städten, die ich bis jetzt kennengelernt habe. Und wenn ich auch nicht gerade entschlossen bin, mein Leben hier zu beschließen, so gedente ich doch, alljährlich einige Monate am Gestade der grünen Jura zu verbringen. Dafür aber könnte ich mir kaum etwas Besseres wünschen als dies behagliche und anheimelnde Quartier. Die Einrichtung ist ja etwas unzulänglich und in diesem und jenem nicht ganz nach meinem Geschmack. Aber das sind Mängel, die sich leicht beseitigen lassen werden, da ich mir nur einen Teil von der Ausstattung meiner letzten Wohnung hierherherbringen zu lassen brauche.“

Die von ihr als „unzulänglich“ bezeichnete Wohnungseinrichtung war nun allerdings nach Rodeds Begriffe eine beinahe fürstliche, und eine wunderliche Empfindung ging ihm durch die Seele, als er an die notdürftig überfüllte Armut im Salon des Obersten Magnus dachte. Die schöne Luisa mußte sich in der Tat sehr rasch in ihre neuen Verhältnisse eingelebt haben, daß innerhalb weniger Monate ihre Anträge so gewaltig hatten in die Höhe schmeißen können.

Das in einem besonderen Ausbau untergebrachte Atelier war durch einen Gang mit den anderen Teilen der Wohnung verbunden, und Luisa erklärte, daß es ihm selbstverständlich jederzeit freistehen würde, diese Türen zu verschließen.

„Sie sollen sich überhaupt nicht im mindesten darum kümmern, daß Sie mich zur Nachbarin haben!“ sagte sie. „Ich bin glücklich, Ihnen das Atelier, das für mich ja ganz wertlos ist, zur Verfügung stellen zu dürfen; aber ich werde es niemals anders als mit Ihrer ausdrücklichen Erlaubnis betreten, und eine Störung in Ihrer Arbeit haben Sie darum von mir gewiß nicht zu befürchten.“

Während sie fast unausgesetzt geplaudert hatte, war Hermann Roded bei dem Rundgange auffallend schweigsam geblieben, und während sie ihn schon auf diese und jene hübsche Einzelheit der von dem Bordewohner zurückgelassenen Atelier-Einrichtung aufmerksam machte, hatte er noch kein Wort der Zustimmung auf ihr großmütiges Anerbieten gehabt.

Da, vielleicht ein wenig beunruhigt durch seine Zurückhaltung, lenkte sie ihm ihr lächelndes Gesicht zu und fragte unvorsichtlich:

„Dies ist also jetzt Ihr unbestrittenes Reich; wann werden Sie davon Besitz ergreifen?“

„Und wenn ich nun antwortete: „niemals“ — würden Sie mir dann sehr böse sein, Fräulein Magnus?“

„Ob ich Ihnen böse sein würde? Welche Frage! Es wäre die bitterste Kränkung, die ich je in meinem Leben erfahren. Und nie — niemals würde ich sie Ihnen verzeihen!“

„In der solchen Gefahr darf ich mich freilich kaum aussetzen. Aber wenn ich mich Ihrer Güte bedienen soll, müssen Sie mir wenigstens erlauben, das Atelier in aller Form und gegen eine angemessene Entschädigung von Ihnen zu mieten. In meinem Arbeitsraum muß ich — ganz ausschließlich genommen — mein eigener Herr sein, und ich darf mich darin nicht als ein aus freigelegter Laune gebildeter Gast fühlen!“

Luisa lachte beifällig auf; aber als sie kein abwegiges Gesicht sah, nahm auch sie sogleich eine ernste Miene an.

„Wenn Sie so stolz sind, die meine Befälligkeit von mir anzunehmen — wohl, so habe ich nichts gegen Ihre Bedingung einzumenden! Sie können die Einzelheiten

ja mit dem Sekretär vereinbaren, der alle meine Geldangelegenheiten besorgt, und der morgen oder übermorgen hier eintreffen wird. Mit der Ueberlieferung aber könnten Sie doch, wie ich denke, schon vorher beginnen.“

Hermann Roded fühlte, daß er den rechten Augenblick, die Gefahr mit einem einzigen energischen Entschluß von sich abzuwenden, wiederum unwiederbringlich verflüchtigt hatte; aber seine Vorsicht, soweit es sich um die künftige Gestaltung seiner Beziehungen zu Luisa Magnus handelte, waren unerschütterlich. Er wollte sich dieses ihm von ihr aufgedrängten Ateliers einzig für die Vollenbung seines Lutetia-Bildes bedienen, und er wollte nicht eine Viertelstunde in diesem Hause zubringen, die nicht ausschließlich seiner künstlerischen Kräfte gewidmet war. Wenn er daran festhielt, was konnte ihm dann von der gefährlichen Schönheit der Protagonistin geschehen? Noch immer hielt er all das Entgegenkommen, das sie ihm zeigte, für nichts anderes als für den Ausdruck einer Laune, die bald genug von irgendeinem neuen Einfall verdrängt werden würde. Aber selbst wenn es anderes gewesen wäre als das, wenn sie beabsichtigt hätte, ihn ganz für sich zu gewinnen, so mußte doch ihr weiblicher Stolz diesen Bemühungen in demselben Augenblick ein Ziel setzen, wo sie innerlich, daß ihre Wünsche kein Echo in seinem Herzen fanden.

So erklärte er denn, daß er die Studien und Vorarbeiten zu seinem großen Bilde und alles, was er sonst noch zu seiner Vollenbung nötig habe, am nächsten Tage hierherbringen lassen würde. Und er empfahl sich mit gemessener Höflichkeit, ohne ein Wort jenes feurigen und beglückten Dankes, auf den Luisa Magnus gerechnet haben mochte.

Sie zeigte es ihm nicht, wenn sie von seinem Benehmen enttäuscht war; aber wenn er ein bejagter Frauenknecht gewesen wäre, würde er doch das leidenschaftliche Funkeln in ihren Augen wahrgenommen haben, als sie ihm auf der Schwelle des Ateliers mit ihrem bezaubernden Lächeln die Hand zum Abschied reichte.

Fortsetzung folgt.



gung Darschen in Frage, von denen der eine 17 Jahre alt sein dürfte, einen älteren Mantel und eine Militär- mütze trug. Der andere ist ein anfangs der 20er Jahre lebender Mann, der einen großen Schlapphut trug.

Waldsee, 16. Jan. (Ermittelter Kirchenraub.) Zu dem in der Nacht vom 27. Dez. hier verübten Kirchenraub wurde der 36 Jahre alte ledige Stallschweizer Jakob Rath von hier als Täter ermittelt. Die gestohlenen Kirchengeräte sind wieder beschlagnahmt worden.

Waldsee, 16. Jan. (Das Lebensmittelamt aufgehoben.) Das Lebensmittelamt Waldsee ist am 15. aufgehoben worden, da Klage von gewisser Seite gegen den letzten Verwalter erhoben worden ist; ob mit Recht oder Unrecht, wird die Untersuchung ergeben.

Landesversammlung der Deutschen Volkspartei.

Stuttgart, 16. Jan. Im Anschluß an die Vertreterversammlung am Samstag sprach im Oberen Ratsraum Frau Fabrikant Herd über die Mitarbeit der deutschen Frau in der Politik.

Die Landesversammlung am Sonntag wurde vormittags 11 Uhr vom Landesvorsitzenden Abg. Dr. Biedel mit einer Begrüßungsansprache eröffnet. Reichstagsabg. Abgeordneter Dr. Marelli sprach sodann über die politische Lage: Das Interesse der politischen Welt weilt in diesen Tagen bei den Ereignissen von Cannes. Das Kennzeichen unserer Lage dort war, daß das Geschick des deutschen Volks auch dort abhängt von der Machtpolitik unserer Freunde und in der Begrenzung der wirtschaftlichen Erdringungen. Wir gelten nicht mehr als ein Nachbarn. Es ist nicht erlaubt, sich einer brutalen Gewalt zu beugen. Ich verurteile daher nicht ohne weiteres jenes erzwungene Londoner Finanzdiktat. Ich verurteile aber diejenigen, die damals dieses Diktat annahmen und dann vor das deutsche Volk hinstellten und sagten, es ist möglich, dieses erzwungene Diktat zu erfüllen. Die Folge des Zusammenbruchs unserer Währung ist Cannes gewesen, von dem wohl niemand erwartet hat, daß es uns den Weg wieder freimachen werde zum Wiederaufstieg unserer Wirtschaft. Aber man hatte doch mehr erwartet, als das kümmerliche Ergebnis, das wir vor uns sehen. Darlehenzahlungen und Sachleistungen sind Werte, die herabgehen, ohne daß dafür irgendein Gegenwert zurückfließt. Sie müssen zur vollkommenen Entleerung und zum Ruin unserer Wirtschaft führen. Deshalb mißbilligen wir auch das Wiesbadener Abkommen. Wir sind nicht in der Lage, 3-5 Milliarden Goldmark aufzubringen, auch unsere Reiche wären dazu nicht imstande, am wenigsten Frankreich. Können können wir nur, wenn wir in unsere Vermögenssubstanz eingreifen. Auch dann können wir nur einen winzigen Teil der Wiederaufmachungen erfüllen. Wenn wir aber in die Vermögenssubstanz, denn werden wir immer zahlungsunfähiger. Es gibt nur eine Möglichkeit, man soll uns in Ruhe unsere Wirtschaft und Währung in Ordnung bringen lassen. Wir müssen dahin kommen, daß wir wieder einen Mißstand bekommen. Solange der nicht erreicht ist, können wir mit Rücksicht auf Leistungen auch keinen Vertrag abschließen. Der Friedensvertrag von Versailles leidet an einem Mangelungsfehler. Man glaubt, Deutschland zu schädigen, ohne daß dies eine Rückwirkung auf die Siegerstaaten hätte. Das wäre vor Jahrzehnten möglich gewesen, heute aber nicht mehr. Frankreich will Deutschland mit Rücksicht verhalten, weshalb alle Annäherungsversuche von deutscher Seite stets gescheitert sind. Der Weg der Annäherung der Weltlage geht durch England, weshalb unsere auswärtige Politik darnach einzustellen ist. In der nächsten Zeit können wir auf eine durchdringende Hilfe und die Schaffung einer freien Bahn zum Aufstieg nicht erwarten.

Das sollen wir angesichts dieser auswärtigen Lage im Innern tun? In der Kriegsschuldfrage ist es heute das richtige, diesen Streit über die innere Schuld zurückzustellen. Es ist auch richtig, den Vorwurf „von dem Volkshoch im Rücken“ nicht zu erneuern. Der Weg zur Volksgemeinschaft muß über die Arbeitsgemeinschaft gehen; wir leben sie in der großen Koalition einschließlich der Sozialdemokratie. Wir sind innerlich der festen Überzeugung, daß die monarchische Staatsform einen hohen moralischen Stand des Beamtenstandes verleiht, wie er bisher bei keiner demokratischen Staatsform zu verzeichnen war. Den Gedanken zur Einführung der Monarchie stellen wir zurück, geben ihn aber niemals auf. (Bravo!) Wir haben allen Anlaß, unsern Standpunkt durch eine positive Teilnahme an der Regierung zur Geltung zu bringen. Die Beseitigung der Zwangswirtschaft hatte nachteilige Folgen, aber sie zeigte den Weg zur Lebensgestaltung aus eigener Kraft. Der Einfluß der bürgerlichen Parteien wird immer mehr wachsen, je geschlossener die bürgerlichen Parteien vorgehen. Wir befehlen ein Zusammenarbeiten mit der Sozialdemokratie. Wir stellen aber zwei Bedingungen: Wahrung der Staatsautorität auch gegenüber den Gewerkschaften, die immer mehr dazu drängen, über ihre eigenen Aufgaben hinaus politisch einzugreifen; Wahrung der Staatsautorität auch den Unabhängigen und Kommunisten gegenüber, die offen auf eine Diktatur hinarbeiten. Die Einheit des deutschen Staats darf nicht gefährdet werden. Wir halten fest an der Zukunft unserer Vergangenheit und gehen hohen Hauptes durch die Erniedrigung mit dem Gefühl, daß wir doch eines Tages wieder aufsteigen werden. (Lebhafter Beifall.)

Parteitag des Zentrums.

Berlin, 16. Jan. Unter dem Vorsitz des Vizepräsidenten des preussischen Landtags, Dr. Porck, wurde gestern der zweite Reichsparteitag des Zentrums eröffnet. Anwesend war u. a. auch Reichsminister Dr. Wirth. Reichsarbeitsminister Dr. Brauns sprach über die politische Lage und führte u. a. aus: Die außenpolitische Lage des Reichs ist nach wie vor ungünstig. Doch ist Deutschland nicht jeden Einflusses bar, wovon die wirtschaftlichen Folgen der Diktate von Versailles und London Zeugnis ablegen. Das Ultimatum richtet sich in letzter Linie gegen seine Urheber. Nicht nur die wirtschaftliche sondern auch die politische Bedeutung Europas hat gegenüber der ganzen Welt abgenommen, dagegen ist diejenige Amerikas gewachsen. Die Enttauschung Deutschlands hat die militärische Herrschaft Frankreichs herbeigeführt. Das alles schafft eine neue politische Weltlage. Sowohl wirtschaftlich als auch politisch ist die Wiederherstellung Europas nicht zu entbehren. Endlich ist der deutsche Erfüllungswille bis zur Grenze des Möglichen ein nicht zu unterschätzender Sachfaktor zu unseren Gunsten. Das Zustandekommen der Konferenz in Cannes ist ein Lichtblick, der auch durch das Obliegen der Chauvinisten in Frankreich nicht gänzlich verdunkelt wird. Daß in Cannes unsere Wiederherstellungsbestrebungen auf ein erträgliches Maß zurückgeführt wurden, wenn auch nur für eine bestimmte Frist, war zu erwarten. Das bedeutet aber nur eine vorläufige Erleichterung. Ein sogenannter „Garantievertrag“ zwischen Frankreich und England braucht uns nicht zu heunruhigen, wäre doch auf dem Boden eines solchen Vertrags eine gewisse Entspannung der politischen Nachkriegsatmosphäre in Europa möglich. Von uns muß zuerst eine Politik der Geduld und der klugen Mäßigung betrieben werden. Wir haben uns gleichwohl nachdrücklich zu wehren gegen offensives Unrecht und zweifelhafte Vertragsverletzung. Was innerpolitische Fragen angeht, so müssen Regierung und Reichstag alles tun, um ein Ueberblickensabkommen im Steinöhlenbergbau zu ermöglichen. Wir haben keinen Anlaß, von dem Grundsatz des Achtstundentags abzugehen. Eine feste Richtschnur für die feierliche Verabschiedung der Steuerborlagen haben die Parteien und die Regierung nicht gefunden. Wir hoffen zuversichtlich, nach Verabschiedung der Steuerreform unsere innere Finanzbedürfnisse zu befriedigen und auch noch für die Zwecke der Kriegskosten Mittel zu gewinnen. Aber an eine Erfüllung des Londoner Ultimatum auf dem Weg der Steuerreform allein, kann nicht gedacht werden. Der Staat hat unter Umständen das Recht und die Pflicht, in den Bestand des Vermögens einzugreifen. Aber diese Eingriffe haben ihre Grenzen. Vor allem dürfen Werte nicht in das bodenlose Maß der Wiederherstellungszahlungen geworfen werden. Mit den Sozialdemokraten könne man zusammenarbeiten. Dagegen seien die Bestrebungen der äußersten Rechten und Linken abzuweisen.

Nach längerer Erörterung wurde eine Entscheidung einstimmig angenommen, in der es heißt: Der Reichsparteitag spricht der Parteileitung und der Fraktion des Reichstags sein vollstes Vertrauen aus. In Anbetracht der schwierigen außenpolitischen Lage erklärt er sich rückhaltlos einverstanden mit der von der Regierung geführten Politik der Klugheit und Mäßigung, die, unbeeinträchtigt und zielstrebig geführt, der wirtschaftlichen Gesundung der gesamten Welt und der Zusammenarbeit der Völker die Wege ebnet wird. Der Reichsparteitag ist ferner davon überzeugt, daß unsere Finanzpolitik energisch weitergeführt werden muß unter Berücksichtigung der Grundsätze einer gerechten Lastenverteilung und praktischer Durchführbarkeit. Der Reichsparteitag erwidert in der entschiedenen Abweisung einseitiger politischer Richtungen der Rechten und der Linken, die unser Vaterland nicht zur Ruhe kommen lassen, das Gebot der Stunde. Nur eine weise Politik der Mitte vermag die Aufgabe der Versöhnung aller Kreise und der Einigung aller Deutschen zu erfüllen.

Der württembergische Minister Graf sprach über Reich und Einzelstaaten und sagte u. a.: Den in den Reichsinstanzen immer deutlicher werdenden Bestrebungen, die Reichszuständigkeit zu erweitern, muß Gehalt geboten werden. Dem gefährlichen Zentralismus muß man zusehen: Bis hierher und nicht weiter.

Bermischtes.

Ueberfüllung des Volksschullehrerberufs. Eine Statistik des preussischen Unterrichtsministeriums zeigt, daß bei den Lehrkräften der Volksschule ein bedrückendes Anwachsen, bei den Kindern eine geradezu erschütternde Verminderung zu verzeichnen ist. Die Schullerszahl in Preußen ist von 4.396.463 im Jahr 1910 auf 2.593.817 im Jahr 1919 gefallen. Bei 116.094 Schulklassen sind 26.062 Bewerber und Bewerberinnen vorhanden, wozu noch 1922 rund 8000, 1923 rund 7000 und 1924 1925 je rund 6000 Bewerber und Bewerberinnen kommen.

Die ungarische Kommission. In Begleitung eines ansehnlichen und eines würdigen Polizeibeamten erschienen zwei französische Mitglieder der Ueberwachungskommission an der Klosterforst in Hälßen im Bayer. Allgäu und verlangten Einfluß in die Kellerräume, um da ein angebliches Waffenlager auszuheben. Die Kellerräume wurden sämtlich durchsucht, es wurden aber keine Waffen gefunden.

Handel und Verkehr.

* Fremdenverkehr. 16. Jan. (Holzpreise.) Bei dem am 14. Januar abgehaltenen Stagnationsfest des Forstamts Fremdenstodt wurden im Durchschnitt erzielt für Bauholz: I a. 42,57 Mt. für I Stück, I b 39,64 Mt., II 28,91 Mt., III, 22,00 Mt., Spagstangen I. 12,00 Mt., II. 9,77 Mt., III. 6,66 Mt., Spagstangen I. 5,20 Mt., II. 3,90

Mt., III. 2,60 Mt., IV 2,30 Mt., V. 1,43 Mt., Stbkröten I. 1,00 Mt., II 0,63 Mt., Bohnerstämme 0,50 Mt. Gesamtsumme 222 Proz. der Landesgrundpreise.

* Holz. 15. Jan. Von der Gemeinde Bergfelden wurden diese Woche etwa 800 Stm Langholz in den Klassen I-4 in 5 Klassen veräußert. Die Höchstpreise gingen auf 326, 322, 321, 316 und 312 Proz. der neuen staatlichen Holzpreise. Weitere Angebote lauteten auf 280, 279, 278 und 263 Proz. Käufer waren Holzgeschäfte in Sulz und Böhlhorn.

Stuttgart, 16. Jan. Der Getreidemarkt verkehrte in abgelaufener Woche in fester Haltung bei großer Zurückhaltung sowohl der Verkäufer als auch der Käufer. Es notierten am 16. Januar je 100 kg abwärts: Stationen: württ. Weizen 760-780 (am 9. Jan. 740-760), Sommergerste 700-740 (umb.), Hafer 530 bis 560 (520-550), Weizenmehl Nr. 0 1150-1170 (umb.), Braumehl 900-920 (umb.), Kleie 390-400 (unverändert), württ. Heu 240-260 (230-250), drahtgebundenes Stroh 90-95 (85-95) Mt. - Der diesjährige Frühjahrsanbaufmarkt findet am Montag, 23. Jan., im Börsenlokal (Stadtgarten) statt. Muster bis 21. Jan. an das Sekretariat der Landesproduktendörse in Stuttgart.

Württemberg und der Luftverkehr. Wie die „Württ. Industrie“ meldet, wird zu dem Zweck, Württemberg in den internationalen Luftverkehr einzuschließen, eine Gesellschaft m. b. H. mit einem Kapital von 300.000 Mt. zur Schaffung eines guten Flugplatzes in nächster Nähe Stuttgarts gegründet werden, an der die württ. Industrie, die Stadt Stuttgart und das Arbeitsministerium beteiligt sein werden. Zunächst kommt die Linie Stuttgart-Kürnberg-Wehlitz-Berlin in Betracht, fernerhin Frankfurt a. M., wenn die Entente-Erlaubnis möglich ist, außerdem wird die internationale Linie Paris-Strasbourg-Prag-Warschau und Prag-Vindobona-Konstantinopel, die den früheren Flugplatz Wehlitz bereits benützt hat, eine hervorragende Stützpunktverbindung bieten. Das Unternehmen soll im Frühjahr ins Leben treten.

Letzte Nachrichten.

Zwischenfall im Saargebiet.

Berlin, 16. Jan. Die „Bl. Bg.“ meldet: In dem Ort Schwan bei Saarbrücken ereignete sich ein Zwischenfall. Dort sind etwa 40 Löwe in die Schule eingedrungen und haben auf die Aufforderung des aus dem Innern Frankreichs kommenden Lehrers, L. Gort, die Schule nicht verlassen, sondern den Lehrer tödlich angreifen und ihm einen schweren Schlag auf den Kopf versetzt. Um sich vor dem weiteren Vorgehen zu entziehen, lobte der Lehrer Fleckenstein. Das „Journal“ bezeichnet diesen Zwischenfall als die Folge eines hysterischen Fehlschlusses gegen die aus dem Innern Frankreichs kommenden Beamten. Eine gerichtliche Untersuchung ist eingeleitet und ein Vertreter des Unterpräsidiums hat sich zu diesem Zwecke an den Tatort begeben.

Das neue französische Kabinett.

Paris, 16. Jan. Das Kabinett Poincaré, das gestern erbkäftig gebildet worden ist, ist in seiner Ministerliste zwei Namen vermisst, einmal den Namen Loucheur und dann den Namen Lardieu. Das deutet darauf hin, daß auf die bisherige Politik in der Wiederaufbauarbeiten verzichtet werden soll. Loucheur ist gar nicht aufgeführt worden, in dem Kabinett einzutreten und Lardieu hat das Angebot abgelehnt. Am übrigen kann von dem Kabinett gesagt werden, daß Minister aller Parteien, mit Ausnahme der Sozialisten und Kommunisten ihm angehörend.

Das englisch-französische Bündnis.

London, 16. Jan. „Daily Mail“ meldet, im Laufe der Besprechung, die am Samstag zwischen Lord George und Poincaré stattfand, sei hauptsächlich von dem englisch-französischen Bündnis die Rede gewesen. Die von Poincaré gemachten Äußerungen seien folgende: 1) Veränderung des Bündnis nach Ablauf von 10 Jahren, 2) die alliierten Generalschäfer haben zur Aufstellung von Mobilisierungspänen zusammen zu arbeiten, 3) die Welt muß in dem Sinne ausgelegt werden, daß eine gemeinsame Intervention erfolgt, wenn Deutschland einen Angriff auf Polen unternehmen sollte. Es wird ferner berichtet, Poincaré habe angeboten, daß sich Frankreich als Gegenleistung für die englische Garantie verpflichten wolle, England im Falle eines deutschen Angriffs beizustehen. Endlich habe Poincaré den Wunsch zu erkennen gegeben, nicht persönlich zur Konferenz nach Genoa zu gehen.

Die Verhältnisse zwischen London und Paris.

London, 16. Jan. „The Times“ Gazette“ sagt, es sei klar, daß Poincaré und Lord George sich in vollster Übereinstimmung darüber befinden, daß ausserordentlich tiefe Entente und auch keine Grundlage für eine Entente besteht. Poincaré's Bedingungen seien für England unannehmbar, wie die Lord George für Frankreich; jede britische Regierung, die sich bereit zeigen würde, Poincaré zuzustimmen, würde ebenso sicher rasch gestürzt werden wie Briard.

Für die Sachverhaltung verantwortlich: Ludwig Kauf. Druck und Verlag der B. Rieder'schen Buchdruckerei Albstadt.

Fortgesetzt

nehmen alle Postboten, Postanstalten, Briefträger, sowie die Agenten und Anträger Bestellungen auf unsere Schwarzwälder Tageszeitung entgegen.



Umfliche Bekanntmachungen.

Biehhubel- und Viehgeraatskaufschne.
Da die Gültigkeit der Biehhubel- und Viehgeraatskaufschne des Jahres am 28. Februar d. J. erfüllt werden die bestellten Rechte auf Arbeit, ihre Sache um Zulassung zum Biehhubel und zum Verkauf von Vieh für den Viehgeraatskauf für 1922 alsbald bei dem Stadt-Schlichteramt des Orts ihres Gewerbetriebs auf dem dort eingezeichneten Vordruck einzureichen. Zugleich wird darauf aufmerksam gemacht, daß die hierfür fälligen Gebühren wesentlich erhöht worden sind. (Verf. Staatsanzeiger Nr. 300 von 1921.)
Nagold, den 16. Januar 1922. Oberamt: Müns.

Methodistengemeinde Altensteig.

Von Mittwoch, den 18. bis Freitag, den 20. Januar, je nachmittags 1/2 3 Uhr und abends 8 Uhr

Evangelisations-Vorträge

von Prediger R. Ulrich, Freudenstadt.

Thema: Neue Menschen.

1. Es muß anders werden.
2. Es kann anders werden.
3. Wie es anders wird.
4. Warum es bei uns nicht anders wird.
5. Wenn alles neu geworden.

Jedermann ist zu diesen Vorträgen freundl. eingeladen.

„Das Evangelium von Christo ist eine Kraft Gottes, die da selig macht alle, die daran glauben.“

2 Karte, leicht angemöbete



Zugtiere

verkauft G. Burghard, Lindhartsgäßchen, Spielberg.

Altensteig-Dorf.

Glühlampen 220 Volt

zu noch billigen Preisen

Osram jede Kerzenstärke

jederzeit erhältlich bei

Hans Lux
Elektro-ech. Institut.

„Drogerol“

gr. gesch. Gew. tobent. Fut. verfall (mit Kohl. Kalk, phosph. Kalk u. Drogen). Vom Reichsmin. f. G. u. s. w. gen.

ist das Beste für kranke Schwache Tiere, bei Schweine.

Paket ca. 2 Pfd. M. 6 — Nichts anderes nehmen!

Alleinverkauf für Altensteig: Ehr. Burghard jr. Pfalzgrafenweiler Apotheker Rettich.

Simmersfeld: Jakob Hauselmann. Martinsmoos: Ludwig Rieglinger.

Leseabend

Mittwoch, abends 8 Uhr

Gedichtvorträge:

Solliden u. 29. 1. St.

Altensteig.



Bismarck-Heringe

neutrale Marke „Bismarck“ in 4 Liter Dosen M. 4.5

1ste portugiesische

Del-Sardinen

in Dosen M. 11.50

sind frisch eingetroffen bei

Ehr. Burghard jr.

Auf 15. Febr. oder früher

suche ich ein tüchtiges

Mädchen

für die Küche bei gutem Lohn

und reichlicher Verpflegung.

Franz Jaspator

Hornberger, Korntal

Großes Schloß im.

Altensteig.

Thee-Siebe

(sogenannte Thee-Fier)

— bei der Theebereitung fast unentbehrlich und vorzüglich

im Geb. auch —

empfehle preiswert

Fritz Bühler jr.

Blitz 50 Gentner

Heu

50 Ztr. Stroh

40 Ztr. Angersen

und Rohrstrahlen

verkauft wo? — sagt die

Geschäftsstelle des Bl.

Leugenloch.

Ein zum erstenmal abge-

zugtes

Mutter-

Schwein

seht dem Verkauf aus

Edam Theater, Bauer.

Der neue

Postgebühren-Tarif

— Preis 75 Pfg. —

ist zu haben in der

W. Rieker'schen Buchh.

Altensteig.

Altensteig-Stadt.

Nadelstammholz-Verkauf



im Wege des schriftlichen Aufgebotes am Mittwoch, den 25. Januar 1922, vormittags 10 1/2 Uhr im Rathaus aus Stadtwald Dörferswald und Dörferswald

689 Festmeter in 4 Losen.

Die Angebote sind in verschlossener Umhüllung nach Losen getrennt in Du betiteln der Preisliste für 1922 mit der Aufschrift „Angebot auf Nadelstammholz“ versehen, bis spätestens den 25. Januar 1922, vormittags 10 Uhr an das Stadtschultheißenamt einzureichen. Angefangene Kubikmeter werden für volle gerechnet.

Die Öffnung findet um 10 1/2 Uhr statt.

Den 14. Jan. 1922.

Städtisches Forstamt Altensteig.

Pfalzgrafenweiler.

Stammholz-Verkauf

auf dem Stock.

Die Gemeinde verkauft auf den Wildteilen Böhler, Brunnen, Untere Schwende, Wälsgrube und Richtenweg ca. 140 Festmeter Fichten und Tannen und 85 Festmeter Forststammholz

auf dem Stock am nächsten

Donnerstag, den 19. Januar, mittags 3 Uhr

im Rathaus im schriftlichen Auftrieb, wozu Liebhaber eingeladen werden.

Meweinderat.



Futterkalk ist das Vorzüglichste für alle Tiere, bei für Schweine, verhindert unbedingt das Krummwerden.

Hersteller: Schwarzwald-Drogerie Altensteig, Tel. 41.

Niederlagen: Besenfeld Kfm. Hausmann, Pfalzgrafenweiler

Kfm. Burghard, Enzthal Kfm. Kläiber, Martinsmoos Kfm.

Rexinger, Walddorf Kfm. Hiller, Egerhausen Frau Walz,

Gompelscheuer Frau Sturm, Spielberg Frau Teufel

Die Rhein-Main-Donau-Actien-Gesellschaft in München

gibt aus:

1.) Neue reichsmündelsichere Vorzugs-Actien

vom Reich u. Bayern gesamtschuldnerisch mit 5%iger Mindestdividende u. bei Auflösung der Gesellschaft zum Nennwert gewährleistet

zum Preise von 103 %.

2.) Neue reichsmündelsichere Obligationen

rückzahlbar zu 102%, ersttellig hypothekarisch eingetragen, vom Deutschen Reich und von Bayern gesamtschuldnerisch verbürgt

zum Preise von 100 %.

Wir nehmen Zeichnungen zu Originalbedingungen gänzlich kostenfrei entgegen.

Bankcommandite Horb

Carl Weil & Co.

Horb a. N.

Telefon Nr. 78 und 139

